

Alle inländischen Familien und Kinderbetreuer gleich behandeln

Postulat Mehrfach wurde im Landtag die Finanzierung der ausserhäuslichen Kinderbetreuung diskutiert. Das Postulat der DU-Abgeordneten Erich Hasler und Herbert Elkuch soll die Dringlichkeit unterstreichen und die Gleichbehandlung fokussieren.

VON SILVIA BÖHLER

Die Problematik ist allen bekannt, dass Handlungsbedarf besteht, auch. Mit der Einbringung eines Postulats brachten die DU-Abgeordneten Erich Hasler und Herbert Elkuch das «Kita-Problem» aber ein weiteres Mal in den Landtag: «Die Regierung hat zwar eine Arbeitsgruppe zur Finanzierung der ausserhäuslichen Kinderbetreuung eingesetzt, das ist aber eine Alibiübung. In den vergangenen vier Jahren wurde nichts gemacht. So kann es nicht weitergehen», argumentierte Hasler.

Postulat mit alten und neuen Fragen

Die Regierung solle prüfen, welche Vor- und Nachteile es mit sich bringe, wenn man die staatlichen Subventionen nicht mehr wie bisher einzelnen Kitas, sondern den unterstützungsbedürftigen Familien zukommen liesse. Gemäss den Postulanten sollten aber nur inländische Familien von der staatlichen Unterstützung profitieren, ebenso wie alle inländischen Betreuungseinrichtungen. «Wir fordern endlich eine Gleichbehandlung für alle in Liechtenstein wohnhaften Familien sowie eine Gleichbehandlung der in Liechtenstein tätigen Fremdbetreuer inklusive der Tagesmütter», so Erich Hasler. Die Regierung forderte er auf, die finanziellen Auswirkungen und Mehrkosten zu prüfen. Mögliche Sparhinweise zur Kompensation lieferte der DU-Abgeordnete gleich mit - beispielsweise das Angleichen der staatlichen Subventionen an das Niveau der benachbarten Kantone, den Ausschluss von Personen mit hohem Einkommen oder die Verschlinkung der bisherigen Strukturen. Einzelne Punkte des



Mehrarbeit für die Mitarbeiter von Regierungsrat Mauro Pedrazzini (rechts), die sich nun auch mit der Postulatsbeantwortung beschäftigen müssen. (Fotos: Michael Zanghellini)

Postulats erachteten die Abgeordneten als prüfenswert, andere hinterliessen einen «faden Geschmack», wie es Patrick Risch (FL) formulierte. Kritisiert wurde vor allem die Unterscheidung von in- und ausländischen Familien. «Liechtenstein steht für eine liberale Wirtschaftspolitik, aber neuerdings tun wir alles, um die Österreicher und Schweizer abzuschrecken», so Risch. Ähnlich argumentierte Parteikollege Thomas Lageder: «Wollen wir den Wohlstand im Land sichern, sind wir auf ausländische Zupendler angewiesen. Bleiben sie aus, weil sie keine geeignete Kinderbetreuung vorfinden, schneiden wir uns ins eigene Fleisch.» Das vorhandene Geld auf alle gleichmässig zu verteilen, funktioniere aber nicht,

das sprengt den finanziellen Rahmen. Lageders Schlussfolgerung: «Der Staat muss mehr Geld in die Kinderbetreuung investieren.» Diese Meinung vertraten gestern auch Violanda Lanter-Koller (VU) sowie Elfried Hasler (FBP): «Die Finanzierbarkeit ist wahrscheinlich bei gleichbleibendem Staatsbeitrag nicht möglich.»

Bis 2019 neues System umgesetzt

Seit dem Jahr 2011 besteht ein von der damaligen Regierung eingesetztes Moratorium, seither werden keine weiteren Kita-Plätze staatlich unterstützt. Regierungsrat Mauro Pedrazzini betonte, dass im Ministerium an einer Lösung gearbeitet werde. Das Ziel sei die Entwicklung einer leistungsorientierten Bezahlung, die in drei

Schritten eingeführt werden soll. 2017 würden jene Kitas, die derzeit nicht vom Staat gefördert werden, einen Pauschalbetrag erhalten. Der sei zwar klein und von einer Gleichberechtigung könne noch nicht die Rede sein, bis 2019 soll aber die vollständige Umsetzung des neuen Systems erfolgt sein. Insgesamt soll dann nicht mehr Geld ausgegeben werden als die Jahre zuvor. Als weitere Massnahme will der Regierungsrat die Überschüsse der Familienausgleichskasse (FAK) dazu verwenden, die Familienbeihilfe zu erhöhen. Dann könnten Eltern in den ersten Jahren des Kindes einen höheren Beitrag beziehen. Trotz ausführlicher Erklärungen wurde das Postulat der DU-Abgeordneten vom Landtag überwiesen.